

A4NEU Solidarität mit den Protesten im Iran

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Solidarität mit den Protesten im Iran

2 Am 16. Dezember wurde Jina Mahsa Amini, eine junge kurdische Iranerin durch die
3 Sittenpolizei des Mullah Regimes ermordet. Seitdem protestieren tausende Frauen,
4 queere Menschen und Jugendliche gegen das Regime. Sie reißen sich öffentlich das
5 Kopftuch ab und legen sich damit mit dem Repressionsapparat an, welcher auf
6 brutalste Weise gegen die demonstrierenden vorgeht.

7 Die Protestbewegung, die keine rein weibliche ist und von Menschen aller
8 Altersklassen unterstützt wird, kämpft unter dem Leitspruch „Jin, Jiyan, Azadi –
9 Zan, Zendegi, Azadi! Frau, Leben, Freiheit“ für Freiheit und Demokratie.

10 Die wirtschaftliche Situation des Irans spaltet die Bevölkerung seit Jahren in
11 Angehörige des Mullah Regimes, die ein Luxusleben führen und wenige die von den
12 Gewinnen der Ölwirtschaft profitieren, und die Zivilbevölkerung, die immer
13 weiter verarmt und teilweise nicht einmal Zugang zu sauberem Trinkwasser hat.
14 Immer mehr Menschen schließen sich den Protesten an und wehren sich gegen
15 Unterdrückung von Frauen und queeren Menschen und gegen Armut und die Ausbeutung
16 der Arbeiter*innen. Sie lehnen sich damit gegen einen Staat auf, der gegen die
17 eigene Zivilbevölkerung mit extremer Gewalt vorgeht und den Protest
18 niederschlägt. Seit Beginn der Aufstände wurden tausende Protestierende
19 inhaftiert, gefoltert und gar getötet. Trotzdem gelingt es dem Regime nicht, die
20 Bewegung zu beenden. Denn ein großer Teil der Iraner*innen steht für Demokratie,
21 Gleichberechtigung und Freiheit ein.

22 Seit der islamischen Revolution wurde der Verschleierungszwang eingeführt und
23 Grundrechte von Frauen wurden direkt von der islamischen Regierung
24 eingeschränkt. In den folgenden Jahren wurden Kurd*innen diskriminiert,
25 Oppositionelle verfolgt und das Regime hat seinen Machtapparat ausgebaut.

26 Die Menschen im Iran nehmen extreme Risiken in Kauf, um für Freiheit zu kämpfen.
27 Jetzt liegt es an uns, sie dabei bestmöglich zu unterstützen.

28 Deshalb fordern wir:

- 29 • Die Revolutionsgarde muss von der EU offiziell als Terrororganisation
30 eingestuft werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich hierfür konsequent
31 einzusetzen. Dies hätte die Einfrierung von Vermögenswerten zur Folge.
- 32 • Geflüchtete Menschen aus dem Iran müssen schnellstmöglich unbürokratisch und
33 bedingungslos aufgenommen werden. Dies kann durch Bundes- oder
34 Landesaufnahmeprogramme geschehen.
- 35 • Es muss gezielte Sanktionen gegen Personen und Organisationen geben die mit
36 dem Mullah-Regime verstrickt sind. Sanktionen, die die Bevölkerung des Irans
37 treffen sind kontraproduktiv.

- 38 • Es gilt Menschen, die für die Bundesrepublik Deutschland gearbeitet haben und
39 durch ihre Tätigkeit gefährdet sind, zu schützen und ihnen und ihren
40 Familienangehörigen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen.
- 41 • Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp in den Iran. Außerdem muss das
42 geltende Einreiseverbot für abgeschobene Menschen zurückgenommen werden.
- 43 • Es ist richtig, dass die Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag gestoppt
44 wurden, denn es ist zurecht umstritten ob man mit dem Mullah Regime Abmachungen
45 eingehen kann.
- 46 Doch während im Iran Kurd*innen treibende Kraft für die Proteste sind, werden
47 sie in Südkurdistan von der Türkei angegriffen. Die Bundesregierung schweigt
48 dazu bislang. Deutschland muss sich für eine unabhängige Aufklärung einsetzen
49 und die Angriffe auf Nord-Ost Syrien (Rojava) verurteilen.
- 50 Gleichzeitig liegt es an uns die iranische Bevölkerung durch mediale
51 Aufmerksamkeit und Solidaritätsveranstaltungen zu unterstützen. Und unsere
52 Stimme für sie zu erheben, wenn das Regime versucht, die Proteste zu
53 unterdrücken und Messenger und Internet abschaltet. Ebenfalls wird durch die
54 Waffenlieferungen des Mullah-Regimes an Russland verdeutlicht, dass die
55 autokratischen Regime der Welt, enger aneinander rücken. Diese Bündnisse gegen
56 die Demokratie und Freiheit müssen wir ernst nehmen. Denn wir als Grüne Jugend
57 setzen uns unabhängig von medialer Präsenz des Themas international für die
58 Einhaltung von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit ein und fordern eine
59 Außenpolitik in der die Menschenrechte im Mittelpunkt des politischen Handelns
60 stehen. Die Bundesregierung bekennt sich dazu durch das Bekenntnis zu
61 feministischer Außenpolitik.
- 62 Solange diese Werte aber nicht konsequent in die Tat umgesetzt werden liegt es
63 an uns immer wieder gegen Unterdrückung und Diskriminierung und für Demokratie,
64 Gleichberechtigung und die Einhaltung von Menschenrechten einzustehen.